

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zuzug. — Einzelne Nummern 5 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstand-Girokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die in der ersten Spalte gesetzte Anzeigen zu 10 Pf. im amtlichen Fall sonst von 20 Pf. abwärts. — Tagesanzeigen 5 Pf. —

Verantwortlicher Redakteur: Paul Sebne. — Druck und Verlag: Carl Sebne in Dippoldiswalde.

Nr. 283

Mittwoch den 6. Dezember 1922

88. Jahrgang

## Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1922/23.

1. Vom 1. Dezember 1922 ab darf Mundzucker nur noch gegen **Zuckerkarten** abgegeben werden. Versorgungsberechtigt ist nicht, wer selbst oder als Haushaltangehöriger auf Grund eines Rübenlieferungs- oder sonstigen Vertrags mit Zucker versorgt wird.

Die Zuckerkarte besteht aus der Stammkarte, 4 Bezugsausweisen 1—4 und 25 Abschnitten A—Z. Stammkarte und Bezugsausweise sind auf der Rückseite mit Namen und Wohnung des Haushaltsvorstandes oder des Einzelverbrauchers zu versehen.

Für welche Versorgungsperioden die Bezugsausweise gelten und welche Mengen Zucker in den einzelnen Monaten ausgegeben werden und auf welche Abschnitte, wird vom Kommunalverband jeweilig bekanntgegeben.

Die Zuckerkarte ist vor Beginn jeder Versorgungsperiode dem Kleinhändler vorzulegen, von dem der Zucker bezogen werden soll. Der Kleinhändler trennt den für die Versorgungsperiode geltenden Bezugsausweis ab, versieht ihn auf der Rückseite mit seinem Namen oder Firmenstempel und trägt ihn in eine Kundenliste ein. Die Entnahme und Abgabe des Zuckers erfolgt gegen Abtrennung der für die Belieferung freigegebenen Abschnitte, die ebenfalls nur vom Kleinhändler selbst vorgenommen werden darf; schon abgetrennte Abschnitte sind ungültig.

Die Verbraucher sind in der Wahl des Kleinhändlers, von dem sie den Zucker während einer Versorgungsperiode beziehen wollen, frei; etwa schon erfolgte Eintragungen in Kundenlisten oder sonstige Zusicherungen bestimmten Kleinhändlern gegenüber sind ungültig.

Die Kleinhändler übersenden die Bezugsausweise gesammelt an die Großhändler oder Zwischengroßhändler, von denen sie beliefert sein wollen.

Die **Ausgabe der Zuckerkarten** an die Verbraucher erfolgt in den nächsten Tagen durch die Ortsbehörden. Die Zuckerkarte ist nicht übertragbar; **verlorene Karten** werden nicht ersetzt. Die Abgabe von Zucker darf von der Abnahme anderer Waren nicht abhängig gemacht werden.

Zur Versorgung des Wirtschaftsbetriebes von **Anstalten**, und zur Deckung des dringendsten Bedarfs von **Gasthöfen, Fremdenheimen und sonstigen Gaststätten** kommen **Bezugskarten** über je 5 Pfund zur Ausgabe, die zum Bezuge beim Kleinhandel, Zwischengroßhandel oder Großhandel berechtigen. Die Ausgabe der Bezugskarten durch die Ortsbehörden kann erst im Laufe dieses Monats nach Eingang näherer Bestimmungen des Wirtschaftsministeriums erfolgen.

Die Versorgung der **Apotheken** wird besonders geregelt. Im übrigen wird auf die Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums in Nr. 275 der Sächs. Staatszeitung vom 25. 11. 1922 verwiesen.

**Kontrahierungen** gegen die vorstehenden Vorschriften sowie gegen den Inhalt der Verpflichtungsscheine — vgl. § 8 letzter Absatz der vorstehend erwähnten Bekanntmachung — unterliegen, soweit nicht Befristung nach den allgemeinen Strafvorschriften eintritt, den Strafvorschriften des § 19 der Reichsverordnung. Außerdem haben die Händler Ausschluß vom Zuckerhandel zu gewärtigen.

II. **Bezugsausweis I** der Zuckerkarte gilt für die Versorgungsperiode **Dezember** und **Januar**. Im **Dezember** werden auf die Abschnitte **A B**, und **C** je 1 Pfund Zucker ausgegeben.

Der Kommunalverband Dippoldiswalds, Nr. 711 b M. II. am 2. 12. 1922.

## Hengstförmung.

Nach § 3 des Hengstförmungsgesetzes vom 20. Juli 1918 (G. V. S. 89) haben die Besitzer ihre Hengste, die im Jahre 1923 zum Decken von Stuten verwendet werden sollen, bis zum 15. Dezember 1922 bei der Amtshauptmannschaft zur Förmung anzumelden.

Bei der Anmeldung sind Geburtsjahr, Alter, Farbe, Abzeichen, Schlag der Hengste anzugeben. G. 102 H. Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 1. 12. 22.

## Vertilches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Wieder mußte eine Einrichtung den Zeitverhältnissen weichen, und zwar die seit einer Reihe von Jahren vom Armenauschuß veranlaßte Kollektiv-Ordnung, deren Reinertrag zur Beschaffung von Heizmaterial für Arme benutzt wurde. Nach langem Hin und Her mußte der Ausschuß sich überzeugen, daß selbst, wenn durch bedeutende höhere Spenden als früher ein Reinertrag auch heuer erzielt würde, was noch gar nicht sicher ist,

dieser doch bei der geringen Kaufkraft des Geldes in keinem Verhältnis zur aufgewandten Mühe stehen würde. Schließlich gibt sich der Armenauschuß der Hoffnung hin, daß hierfür in Aussicht genommene Spenden der eingeleiteten allgemeinen Unterstützungskaktion mit zustehen.

Die nächste Tuberkulosevortragende findet Mittwoch den 6. d. M. vormittags von 8 Uhr an, die nächste Mutterberatungsstunde Donnerstag den 7. d. M. nachmittags von 2—3 Uhr im Diakonatsaal.

Der Turnverein Dippoldiswalde (D. T.) konnte 4310 M. als Reinertrag der Wiederholung seines öffentlichen Unterhaltungsabends am 17. November an den Stadtrat für Zwecke der „Altershilfe“ abführen.

Stern-Lichtspiele. Am Mittwoch wird der 2. Teil des mit großem Beifall aufgenommenen Ufa-Meistersfilms „Seine Erbsen von Madagaskar“ unter dem Titel „Stubbs, der Detektiv“ aufgeführt. Die Handlung spielt diesmal unter den Schwarzen in Madagaskar. Die Hauptdarstellerin des 2. Teils ist wiederum die beliebte Künstlerin Eva May.

Die Verdoppelung der Postgebühren hat der Reichsrat genehmigt. Bei den Fernsprechgebühren wurde der Teuerungszuschlag auf 2000 Prozent erhöht.

Die Kleingeldmünzen ein Opfer der Geldentwertung. Die Ausprägung der kleinen Münzen bis zu 50 Pf. wird voraussichtlich allmählich eingestellt werden, da ihre Herstellung bedeutend teurer als ihr nomineller Wert ist. Für die kleine Münze besteht zurzeit auch nur noch wenig Nachfrage, da das Aufwandsverhältnis immer mehr Eingang findet. Auch die 3- und 5-Mark-Geldstücke werden kaum weiter ausgeprägt werden. Ihr Metallwert ist größer als ihr Kurswert.

Die letzten Tarifserhöhungen bei der Eisenbahn haben für die sogenannten Kurzfahrer neben der am 1. Dezember eingetretenen allgemeinen Verdoppelung aller Fahrpreise noch eine anderweit recht fühlbare Verschlechterung gebracht. So beträgt jetzt der Mindestbetrag einer Fahrkarte 4. Klasse 20 M. und 30 M. in 3. Klasse. Bei der Lösung von Wochen- und Monatskarten müssen gleichzeitig die Gebühren für eine mindestens 11 Kilometer lange Strecke bezahlt werden. Wer beispielsweise bisher die kurze Strecke zwischen Dippoldiswalde und Überndorf oder Obercarsdorf benutzte, muß jetzt bei Lösung einer Fahrkarte, bei Benutzung einer Arbeiter-Wochenkarte oder Monatskarte den vollen Tarif einer mindestens 11 Kilometer langen Strecke bezahlen, als wenn er sonst zwischen Dippoldiswalde und Buchmähle fahren würde. Weiter wird es für die Bahnreisenden als eine Benachteiligung empfunden, daß es jetzt noch immer sogenannte Militärfahrkarten für die auf Urlaub u. m. f. fahrenden Militärpersonen gibt, obgleich diese seit der Revolution nicht mehr Eöhnungsempfänger sind, sondern als regelrechte Gehaltsempfänger gelten wie jeder andere Beamte. Gerade durch die tiefste Verwertung der ganzen Lebenshaltung stehen die Militärpersonen vielfach weit besser da, als irgend ein Gewerbetreibender oder Arbeiter. Durch die erfolgte Umstellung oder Aufbesserung der Bezüge sind die Voraussetzungen, die früher die Abgabe einer Militärfahrkarte rechtfertigten, längst überholt und Ausnahmen daher nicht mehr begründet und angebracht. Umgekehrt ist den Krankenkassen, die jetzt große Not leiden, die Vergünstigung, Kassenkranken zum halben Fahrpreise zu auswärtigen Spezialärzten oder in Heilanstalten zu schicken, entzogen worden, ebenso die Vergünstigung, daß im Gewerbebetrieb oder bei der Arbeit erkrankte oder verletzte Arbeiter in einem besonderen Abteil gegen Lösung nur einer Fahrkarte für sich und den Begleiter befördert wurden.

Infolge der Geldentwertung ergeben sich bei der Preisberechnung für die verschiedensten Industrieartikel Summen, die bereits für einen einzigen Artikel in den meisten Stellen vielstellig sind als es die Abschlußsummen großer Firmen für das ganze Jahr in der Vorkriegszeit waren. Hierdurch ist selbstverständlich die Fertigstellung des Rechnungswesens in den Buchhaltungen der einzelnen Betriebe viel umfangreicher geworden, und da andererseits jede in der Buchhaltung beschäftigte Kraft bei den steigenden Tarifsummen für den einzelnen Betrieb finanziell in der Tasche fällt, so ist es notwendig, darauf bedacht zu sein, unnötige Arbeitsleistung zu vermeiden, und die Arbeitskraft des Einzelnen möglichst rationell zu gestalten. Eine wesentliche Erleichterung und Ersparnis würde das Weglassen der Pfennigkolonnen bedeuten, indem man Beträge unter 50 Pf. nach unten und Beträge über 50 Pf. nach oben abrundet. Der Gesamtbestand des Verbandes Sächsischer Industrieller hält es daher für zweckmäßig, soweit dies nicht bereits geschieht, in Zukunft bei allen Buchungen und Preisberechnungen auf der vorher erwähnten Basis der Abrundung nach oben oder unten sämtliche Pfennigbeträge in Wegfall kommen zu lassen.

In der Nacht vom 5. zum 6. Dezember 1862, also vor 60 Jahren, wurde unsere Nachbarstadt **Altenberg** von einem großen Brandunglück betroffen. Die Schilderung der entsetzlichen Katastrophe bringen wir nachstehend im Auszuge: **Altenberg**, das arme Altenberg, hat ein großes Unglück betroffen! In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend, 5. bis 6. Dezember, gegen 1 Uhr brach in dem Saalgebäude des **Flemmingschen Gasthofes** „zur Stadt Leptitz“, in welchem das **Theatralische Ensemble** aufgestellt war, und eben erst nach der **Seesturm**, einige Tage vorher aber der **Brand** (1) von **Rosshau** ausgeführt worden war, ein Feuer aus, ergriff sofort das Hauptgebäude, in welchem sich die königliche Post-Expedition befand, sowie das dahinter liegende Rathaus und beide Gebäude standen im Nu in Flammen. Mit reißender Schnelligkeit verbreitete sich das entsetzliche Element, gelangte leider nach der **Neustadt** — und legte im ganzen 29 Häuser und mehrere Scheunen in **Asche** (gegen 80 Familien (252 Personen mit 123 Kindern) frauern um den Verlust ihrer Habe, denn nur wenige haben etwas mehr als ihr Leben gerettet! Die **Not** ist entsetzlich. Ohne Betten, viele ohne Kleidung suchten sie ein Unterkommen mit ihren Kindern, d. h. mit allem, was sie gerettet. Die **Erntevorräte**, die bei den Eingeflossenen wohl bedeutend waren, Holz — alles ist verbrannt. Und keiner der Armen hat versichert, da keine **Gesellschaft** sie annimmt, ja früher bereits Versicherte wieder abgeworfen worden sind. Der vor zwei Tagen erst in **Altenberg** eingewiesene Postverwalter **Franz** (früher in **Hohenstein**) hat mit **genauer Not** sein und seiner Familie Leben gerettet; ihm ist alles

verbrannt. Mit Aufopferung hat er die Postkassen gerettet und ist dabei der Anstrengungen der beiden Briefträger **Schwenke** und **Kirsten** rühmend zu gedenken. Der **Gasthofbesitzer Flemming** rettete nichts, selbst die Kleider verbrannten ihm. Die **Schule** hat in großer Gefahr geschwebt; der angestrengteste Tätigkeit der **Herrn Lehrer Krommer, Wendt** und **Müller** ist ihre Erhaltung zu danken. Das **Rathaus** ist gänzlich abgebrannt und alle Akten mit; einer von denen, die zur Rettung dieser herbeieilten, hat ein **Paket**, glücklicherweise die **Flurbücher** und **Croquis** enthaltend, gerettet; als er das zweite Mal hingibt, erfährt er, daß sein eigenes, am **mitternächtlichen** Ende der **Stadt** gelegenes **Haus** schon brenne. **Herr Bürgermeister Fischer** und **Wachmeister Griebach** haben all ihre Habe verloren. Was die **Entstehung** des **Feuers** anlangt, so ist man wohl darüber einig, daß es im **Saal** des **Flemmingschen Gasthofes**, in welchem das **Theatrum mundi** (das vollständig verbrannte) aufgestellt war, ausgebrochen ist, ob infolge einer **Unvorsichtigkeit** oder **Fahrlässigkeit**, kann man mit **Bestimmtheit** nicht behaupten. Jedenfalls werden die angestellten **Erörterungen** das **Dunkel** aufhellen. — **Dippoldiswalde**. Das **Unglück** der **armen Abgebrannten** in **Altenberg** findet bei uns **unregere Anteilnahme**, als es nun überall bekannt wird, wie hart fast **ausnahmslos** alle betroffen worden sind. Eine **tiefe Trauer** lag noch auf allen, als wir am **Dienstag** die **unglückliche Stadt** besuchten. Die **Schilderungen**, mit welcher **rasenden Schnelligkeit** das **Element** um sich gegriffen, sind **schauderhaft**. In der **Neustadt**, wo zwei **Häuserreihen** fast wie im **Nu** gleichzeitig brannten, es wohl keiner mehr als sein und seiner **Kinder** Leben gerettet. Es ist ein **unnennbares** **Unglück** für **Altenberg**, daß der **Wind** die **Flammen** nicht nach der **inneren Stadt** zu getrieben, die **sonst** **unrettbar** verloren war, zum **Teil** aber auch durch die **Tätigkeit** der **stodsgewerkschaftlichen Spritze** bei **Erhaltung** des **Hörselchen** (sonst **Bauermeisterchen**) **Hauses** neben der **„Stadt Leptitz“** gerettet wurde. Der **Sturm** trieb große **Feuerbrände** gleich zu **Anfang** von dem **Flemmingschen Gasthofe** nach der **Neustadt** zu, also über viele **Häuser** weg, schlug sie durch die **trockenen Schindeldächer** und die **Flammen** schlugen empor, gleichzeitig an andern **Stellen** der **Gassen**, und keine **Spritze** konnte ihnen wehren. Das **Haus** des **Buchbinders Oßler**, dessen **Dach** und **Diebel** mit **starkem** **Stich** beschlagen, hat dem **Feuer** übrigens **bedeutenden Einhalt** getan. Es sind **85 Familien**, und **zwar 250 Personen**, incl. **125 Kindern**, **obdachlos** geworden und es ist ein **schönes** **Feldchen** der **Liebe**, daß diese alle von den **verschont** **Verlorenen** in ihren **Häusern** aufgenommen wurden, ohne daß von **seiten** der **Behörden** eine **Anordnung** nötig gewesen. Die **Betroffenen** sind: **1** **Waldwirt**, **3** **Beamte**, **37** **Bergleute**, **9** **Professionisten**, **8** **Witwen**, **3** **Handarbeiter**, **1** **Chausseewärter**, **1** **Fuhrmann**, **2** **Handelsleute**, **1** **Waldarbeiter**.

**Schmiedeberg**. Bei der hiesigen **Gemeindevorstands-Sparkasse** wurden im **Monat** **November** eingezahlt **288 314 M.** in **111** **Posten** und zurückgezahlt **166 432 M.** in **54** **Posten**. Der **Gesamtumsatz** betrug **479 330 M.**

**Tagesordnung** zur öffentlichen Sitzung des **Gemeinderates** zu **Schmiedeberg** **Freitag** den **8. Dezember 1922** **abends 7 1/2** **Uhr** in der **alten Schule**, **Zimmer** **Nr. 9**: **1.** **Mitteilungen**, **2.** **Beschlußfassung** über **Beitritt** zu einem **Kassenprüfungsverband**, **3.** **Konzeptionsgesuch** für die **Eisenwerkshantone**, **4.** **Beamtensachverständigen** betr., **5.** **Gesuch** um **Einstellung** als **Lehrling**, **6.** **Anschaffung** einer **Rechenmaschine**, **7.** **Wahl** eines **Preisüberwachungsaußschusses**, **8.** **etwa** **noch** **Eingehendes**.

**Altenberg**. Als **Pachtpreis** für den **Scheffel** **sächsische Felder** und **Wiesen** gilt der **Betrag**, der **jeweils** am **1. Oktober** für **zwei** **Jentner** **Heu** hier **handelsüblich** gezahlt wird. — Die **beschlossene** **Erhöhung** des **Sparkassenzinsfußes** auf **4 1/2%** hat die **Oberbehörde** **abgelehnt**. **Man** will **nanmehr** **4%** **festsetzen**. — Zur **Erkundung** der **Brennmittelnote** stellte man für die **Ortsarmen** **250** **Jentner** **Brotbrot** bereit. **70** **Teilnehmer** an der **Armenmahlzeit** erhielten je ein **Pfund** **Rindfleisch**.

**Dresden**. Die **Zahl** der **aus** **Anlaß** der **Dresdner** **Pflanzungen** **festgenommenen** und **zum** **größten** **Teil** der **Staatsanwaltschaft** zur **weiteren** **Entscheidung** **zugeführten** **Personen** ist **auf** **rund** **100** **angewachsen**. **Auch** **unter** **den** **zuletzt** **festgenommenen** **20** **Personen** bilden die **Jugendlichen** im **Alter** **bis** **zu** **22** **Jahren** die **große** **Mehrheit**. **Während** **nun** in **kommunistischen** **Blättern** und **Verammlungen** **fast** **durchweg** **scharfe** **Kritik** an dem **Verhalten** der **Polizei** **geübt** **wird**, **müssen** **die** **Einfachsten** **unter** **den** **Kommunisten** **zugeben**, **daß** **diese** **Kritik** **völlig** **unberechtigt** **ist**. **Wie** **wir** **einer** **Zuschrift** **aus** **der** **Kauff** **entnehmen**, **hat** **der** **bisherige** **Landtagsabgeordnete** **Ebert**—**Dresden** **in** **einer** **öffentlichen** **Verammlung** **zu** **Canewalde** **erklärt**, **daß** **die** **Polizei** **sich** **bewundernswert** **gezeigt** **habe**. **Sie** **sei** **äußerst** **vernünftig** **gewesen** **und** **alle** **hätten** **sich** **über** **das** **horrorische** **Verhalten** **der** **Polizei** **gewundert**. **Er** **ist** **erfreut**, **daß** **ein** **solcher** **Geist** **in** **der** **Dresdner** **Polizei** **herrsche**.

Landtagsabgeordneter **Castan** hat die **Personalangelegenheiten** der **Landespolizeiverwaltung** **übertragen** **erhalten** **und** **ist** **zum** **Regierungsrat** **ernannt** **worden**.

Die **Stadt** **Dresden** **wird** **als** **einzig** **sächsische** **Großstadt** **für** **die** **Beamten** **des** **Reiches** **mit** **einer** **Sonderzulage**, **der**  **sogenannten** **„Grenzzulage“** **vom** **1. November** **an** **rückwirkend** **betrachtet** **werden**, **die** **sieben** **Prozent** **Zuschlag** **auf** **Grundgehalt**, **plus** **Ortszuschlag** **und** **plus** **Kinderzuschlag**, **vorsteht**. **Wie** **wir** **weiter** **hören**, **werden** **außerdem** **die** **sächsischen** **Grenzorte** **Sebnitz** **und** **Hertigswalde** **in** **der** **Amtshauptmannschaft** **Pirna**, **sowie** **die** **Grenzorte** **Wrambach** **und** **Schönberg** **in** **der** **Amtshauptmannschaft** **Delsitz** **mit** **einer** **Grenzzulage** **von** **5** **Prozent** **betrachtet** **werden**. **Dieser** **Regelung** **hat** **der** **Reichsrat** **bereits** **zugestimmt**. **Es** **ist** **nach** **unangewiß**, **ob** **sich** **die** **sächsische** **Regierung** **und** **die** **fünf** **Gemeinden** **dem** **Vorgehen** **des** **Reiches** **anschließen** **werden**.

**Berggießhübel**. Hier ist die erste **Bauernhochschule** in **Sachsen** **errichtet** **worden**.

**Chemnitz**. Zur **Leistungssteigerung** des **Elektrizitätswerkes** **wollen** **die** **staatlichen** **Elektrizitätswerke** **eine** **große** **Dampfmaschine** **an** **längere** **Zeit** **für** **Aufstellung** **im** **Nordplatzwerk** **zur** **Verfügung** **der** **Stadt** **halten**. **Dem** **Rat** **wurde** **Ermächtigung** **erteilt**, **mit** **den** **staatlichen** **Werken** **wegen** **eines** **Parallelbetriebes** **der** **beiderseitigen** **Werke** **in** **Verbindung** **zu** **treten** **und** **unter** **Voraussetzung** **günstiger** **Bedingungen** **einen** **Stromlieferungsvertrag** **abzuschließen**. **Zur** **Durchführung** **eines** **Parallelbetriebes** **wurde** **ein** **Berechnungsgeld** **von** **225** **Millionen** **Mark** **bewilligt**.

# Deutscher Reichstag.

Berlin, den 4. Dezember.

Die Interpellationen Marx (Str.) gegen den Erlass des sächsischen Kultusministeriums über die Teilnahme von Lehrern und Schülern an reichstagspolitischen und Parteitagshandlungen betr. den Schutz der reichstagspolitischen Freiheit in Sachsen, Thüringen und Braunschweig werden, wie ein Regierungsvertreter erklärt, in der vorgeschriebenen Frist beantwortet werden.

Der sechste Nachtrag zum Haushaltsplan, der die bekannte Erhöhung der Beamtenbezüge bringt, ist ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Erhaltung der Kriegergräber aus dem Weltkrieg geht an den Rechtsausschuß, das Gesetz zur Änderung des Lichtspielgesetzes an den Bildungsausschuß.

## Geschäftsordnung des Reichstags.

Die Beratung wird fortgesetzt bei der Redeordnung. Abg. Fröhlich (Komm.) erhebt Einspruch gegen die Konzentrierung der Redezeit, welche nach den Ausschlußbeschlüssen im allgemeinen 1/4 Stunden nicht überschreiten darf.

Abg. Höfflein (Komm.) erklärt, daß die Kommunisten sich durch keinen Hausrechtsparagrafen und keine Anknüpfung an ihre Tätigkeit behindern lassen würden.

Die Abstimmung wird ausgesetzt.

Nach den Ordnungsbestimmungen kann einem Redner das Wort entzogen werden, wenn er dreimal in derselben Rede zur Sache oder zur Ordnung gerufen worden ist. Verleht er öffentlich die Ordnung, so kann er von der Sitzung ausgeschlossen werden. Verläßt er den Saal nicht, so wird die Sitzung unterbrochen oder aufgehoben. Der schuldige Abgeordnete wird dann ohne weiteres für die folgenden acht Sitzungstage ausgeschlossen. Bei wiederholtem Widerstand gegen die Anordnungen des Präsidenten tritt ein Ausschuß an 20 Sitzungstagen ein.

Auch hiergegen erheben die Kommunisten Einspruch. Unter Ablehnung des Ausschusses wird ein sozialdemokratischer Kompromißantrag angenommen, der die Redezeit auf eine Stunde festsetzt. Die Bestimmungen über den Ausschluß von Abgeordneten werden in der Ausschlußfassung angenommen.

Damit ist die erste Lesung der Geschäftsordnung erledigt. Das Haus vertagt sich auf Dienstag.

## Vertrauen für Deutschland.

Eine neue Reichstanzlerrede.

Wie alljährlich am ersten Sonntag im Dezember veranstaltete der Verein Berliner Presse am 3. Dezember in den Räumen des Reichstags einen Empfang, zu dem außer dem Reichspräsidenten Ebert, dem Reichstanzler Dr. Cuno und den meisten Kabinettsmitgliedern die Spitzen der Staats- und städtischen Behörden, die Präsidenten der Parlamente sowie eine große Anzahl namhafter Parlamentarier und Mitglieder der Gesellschaft erschienen waren. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden nahm Reichstanzler Dr. Cuno das Wort, um in einer politisch bedeutsamen Rede über die verschiedenen Probleme der Gegenwart zu sprechen.

Der Kanzler erinnerte zunächst daran, daß er vor neun Tagen im Reichstage die Richtlinien seiner inneren und äußeren Politik angegeben habe. In diesen Richtlinien habe sich nichts geändert. Die Mitglieder des Kabinetts haben — so fuhr der Kanzler fort — sofort ihre sachliche Arbeit, entsprechend ihrem Arbeitsplan, aufgenommen.

Die Verbindung mit den Ländern ist sofort aufgenommen worden, in der Überzeugung, daß nur eine von dem Vertrauen der Länder getragene Reichsregierung in der Lage ist, die Einheit nach innen und auch die Einheit nach außen zur Geltung zu bringen, die wir vielleicht schon bald bitter nötig haben werden.

Was die Lebensdauer des Kabinetts anlangt, so muß gesagt werden, daß das einzige Motiv, das den Kanzler und die Minister an ihre Stelle geführt hat, die tiefe Empfindung für die Pflicht zur Arbeit gewesen ist. Solange wir, sagt Cuno weiter, vom Vertrauen des Parlamentes und des Volkes getragen sind, werden wir unsere Pflicht tun, aber auch nicht einen Augenblick länger.

### Was uns fehlt, ist das Vertrauen;

das Vertrauen zwischen dem einen und anderen und das Vertrauen zwischen den verschiedenen Klassen und den verschiedenen Berufsständen. Dies Vertrauen unter den Schichten des Volkes, dieses Vertrauen des einen zum anderen, gegründet auf Glauben und Überzeugung, daß jeder sein Bestes daran setzt, um dem Vaterland und dem Volke zu helfen. Das muß wieder erstehen, viel stärker als jetzt, auf eine feste Grundlage von Moral und Autorität gegründet.

Nicht nur unter uns, nein, der Welt fehlt das Vertrauen. Die Welt muß wissen, daß wir, ein Volk in tiefer Not, ehrlich bestrebt sind, eine klare Lösung der außenpolitischen Fragen zu finden, eine Lösung, die uns Arbeit und Existenz unter Erfüllung der vereinbarten Verpflichtungen ermöglicht. Weil das Vertrauen fehlte, hat man die erste Erklärung der neuen Regierung nicht überall so aufgenommen, wie sie gemeint und gewollt war. Man hat namentlich in französischen Kreisen gefunden, daß die Erklärungen zur Reparationsfrage enttäuschen, und daß man den Willen vermisst, auch nur in dem Umfange zu leisten, in dem es damals begrenzt war. Das ist irrig! Der Grundsatz, daß wir nicht mehr als im Rahmen der Note vom 13. November leisten können, kann den Verständigen, der die deutsche Wirtschaft kennt, nicht enttäuschen. Das Vertrauen von einem zum anderen wird nur geschaffen werden können, wenn man in offenen Verhandlungen von Mann zu Mann einander gegenübersteht und sich sagt, wie weit und aus welchen Gründen man nicht weiter gehen kann. Ich werde, wie ich meinen Geschäftsfreunden gegenüber getan habe, so auch zu politischen Vertragspartnern sprechen, und mich in keiner Weise etwa Frankreich gegenüber anders als irgend einem anderen Partner in der Welt gegenüber benehmen.

Wenn wir müssen mit Frankreich in Ordnung kommen, wo immer die Möglichkeit von Verhandlungen geboten wird. Nur durch solche Verhandlungen können die Grenzen des Möglichen, innerhalb deren wir leisten können, abgeklärt werden, nicht durch Ultimaten und Einmischungen. Ehrlich bereit, jede Arbeit zur

Ausführung und Ausfüllung der Note vom 13. November zu tun, auf deren Boden wir stehen, werden die Mitglieder des neuen Kabinetts sich bemühen, den Weg zur Lösung der Reparationsfrage zu finden in enger Fühlung mit Parlament und Wirtschaft.

Allerdings, ob der Erfolg eintreten wird, hängt nicht von uns ab. Es sind Hemmnisse zu überwinden, die sich Tag für Tag riesengroß vor uns aufstürmen. Die Verkennung der von uns abgegebenen Erklärungen, Geist und Wortlaut der

### neuesten Note über Passau und Ingolstadt,

das alles klingt nicht, als ob überall wahrer Friede und förderndes Verständnis für eine Zusammenarbeit der Völker schon eingezogen wäre und erfüllt uns mit schwerer Sorge. Was der Note gegenüber zu sagen ist, das wird von der Regierung im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung geprüft, die Tatsachen festgestellt, und wo tatsächlich Unrecht geschehen ist, da wird das Unrecht wieder gutgemacht werden.

Was die Einmischungen betrifft, die das Rheinland betreffen, ein Land, wo jeder Stein von deutschem Leben spricht, dem gegenüber wollen wir mit einem Worte nur erneut erklären, daß das Rheinland fest zu Deutschland gehört und Deutschland fest zum Rheinland steht. (Stürmischer Beifall.) Wir werden nicht zulassen können, daß das Rheinland, die Rheinprovinz, die Pfalz, Rheinhessen und das Saargebiet jemals preisgegeben, ihre Befreiung gefährdet oder hinausgeschoben wird. (Erneuter stürmischer Beifall.) Daran können sich unsere deutschen Brüder und Schwestern an Rhein, die so Schweres schon jahrelang haben über sich ergehen lassen müssen, an die wir voll tiefen Gefühls in diesem Augenblick denken, nicht verlassen. (Wiederholter stürmischer Beifall.)

Zum Schluß seiner Rede erhob der Kanzler den Appell an die Welt, es endlich zuzulassen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir unser Volk und seine notleidenden Schichten aus dem Wirbel und dem sprunghaften Steigen aller Preise, der Verunsicherung und Verschlimmerung unserer Lebenshaltung durch die Stabilisierung der Mark endlich retten können.

## Die deutschen Reparationsleistungen.

Eine Richtigstellung der französischen Behauptungen.

Wie erinnerlich, hat der französische Ministerpräsident Poincaré in einer seiner jüngsten Kammerreden eine Reihe von schweren Anschuldigungen gegen die deutsche Regierung und ihre Finanzpolitik gerichtet. In einer amtlichen deutschen Erwiderung wurden damals sofort an Hand des offiziellen Zahlenmaterials die Haltlosigkeit und Unrichtigkeit nachgewiesen. Das hinderte allerdings nicht die Pariser Regierung, in einer offiziellen Note der Haas-Agentur die Richtigkeit der deutschen Entgegnung anzuzweifeln und insbesondere die Angaben über die bisherigen deutschen Reparationsleistungen als unglaubwürdig hinzustellen. Auf diese Haasnote wird jetzt von deutscher zuständiger Stelle nochmals eingehend erwidert.

Der große Unterschied, der bei der Bewertung der bisherigen deutschen Leistungen zwischen den Aufstellungen der Reparationskommission und den deutschen Aufstellungen besteht, wird zum Teil darauf zurückgeführt, daß gewisse Leistungen überhaupt nicht auf Reparationskonto gutgeschrieben werden, zum Teil darauf, daß die Reparationskommission mit der Guttschrift im Rückstand sei, zum Teil endlich darauf, daß den Guttschriften Wertberechnungen zugrunde gelegt werden, die zu niedrig sind und von Deutschland nicht als richtig anerkannt werden können. Die Reparationskommission hat die meisten ihrer Zahlen selbst als „durchaus provisorisch“, als „einfache Schätzungen“ bezeichnet, während Deutschland seine Berechnungen auf Grund genauer Bewertungsmethoden durchgeführt hat. In der von der Reparationskommission genannten Zahl von 6,9 Milliarden ist auch das im Ausland liquidierte deutsche Privatvermögen vollständig unberücksichtigt geblieben. Der Wert dieses Eigentums beträgt nach Abzug der auf ihm zu bedenkenden Schulden 11,7 Milliarden Goldmark. Die bisherigen deutschen Ausgleichszahlungen von über 600 Millionen Goldmark, die nach der Haasnote auch berücksichtigt werden müßten, sind in der von deutscher Seite errechneten 41 Milliarden Goldmark noch nicht enthalten.

Auch andere große Posten, wie das Reichs- und Staatsvermögen in den abgetretenen Gebieten, die abgetretenen Ansprüche an die ehemaligen Verbündeten Deutschlands, die Saargruben, die Rücklagertiere, der Eisenbahnfahrzeuggpark in den abgetretenen Gebieten usw., sind überhaupt nicht oder nur zum Teil gut gebracht worden.

## Passau und Ingolstadt.

Eine bayerische Darstellung der Vorfälle

Ueber die an sich bedauerlichen Vorkommnisse in Passau und Ingolstadt, die der Hofschaffnerkonferenz den Anlaß zu der bekannten Sühneforderung gegeben haben, wird von amtlicher bayerischer Seite folgende authentische Darstellung gegeben:

„Gelegentlich von Kontrollen der in München stationierten verbandsstaatlichen Distriktskommission sind am 24. Oktober in Passau und 22. November in Ingolstadt Mitglieder dieser Kommission von Teilen der Bevölkerung schwer beleidigt und teilweise auch mit Steinen beworfen worden. Diese Vorkommnisse wurden von den zuständigen Staatsbehörden sogleich eingehend untersucht. Dabei wurde festgestellt, daß den Polizeibehörden keinerlei Sachverhalte bekannt sind; schon deswegen nicht, weil sie über das Eintreten der verbandsstaatlichen Kommission nicht orientiert waren und daher rechtzeitig polizeiliche Maßnahmen nicht treffen konnten. Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung gegen die Täter ist noch im Gange.“

Die Städte Passau und Ingolstadt richteten an die hiesige Kontrollkommission wegen der Vorkommnisse besondere Entschuldigungsadressen. Da der Hinweis war, daß die Regierung auf Grund der Sachlage jedoch nicht möglich, die von der Internationalen Militärkontroll-

kommission noch weiterhin verlangten Strafmaßnahmen (Bestrafung der verantwortlichen Polizeichefs) vorzunehmen.“

Trotzdem machen nun die Verbandsstaaten die örtlichen Polizeibehörden scharf verantwortlich, verlangen von ihnen sowie von den beiden Städten die Erfüllung drückendster Verpflichtungen (Weißbuche

in Höhe von je 1/2 Million Goldmark und Strafverfügungen) und stellen bei Nichterfüllung bis zum 10. Dezember schärfste Sanktionen in Aussicht.

Wegen der Fälle in Passau und Ingolstadt ist die bayerische Regierung mit der Reichsregierung in Verbindung getreten.“

## Das Scheidemann-Attentat.

Der Prozeß vor dem Staatsgerichtshof

Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat am Montag der sogenannte Scheidemannprozeß seinen Anfang genommen. Die Zusammenfassung des Staatsgerichtshofes ist dieselbe wie im Rathenauprozeß, nur führt statt des erkrankten Präsidenten Hagens der aus den Kriegsschuldigenprozessen bekannte Strafrechtler Senatspräsident Dr. Schmidt den Vorsitz.

Angelagt sind der Kaufmann Hans Huxert aus Elberfeld und der Landwirt Karl Dehlshäger aus Althammer. Die Anklage lautet auf verübten Mord und unbefugtes Waffentragen. Als Nebenkläger ist der Oberbürgermeister von Kassel Scheidemann zugelassen.

### Die Vernehmung des Angeklagten Huxert.

Der Angeklagte Huxert gibt an, daß er Dehlshäger beim Schlesischen Grenzschutz kennen gelernt habe. Dehlshäger sei im April 1922 nach Köln gekommen, und dort hätten sie nach Gesprächen über die Politik beschlossen, Scheidemann zu besichtigen. Als Begründung für dieses Vorhaben gibt der Angeklagte an, daß er in Scheidemann denjenigen Mann gesehen habe, der vor 1918 die Revolution vorbereitet, die Marine division aufgebracht und sich später in Sicherheit zurückgezogen habe. Man hätte verabredet, daß Dehlshäger die Tat ausführe, und daß er, Angeklagter, ihn und seine Flucht in jeder Weise bedenken sollte. Der Angeklagte gibt weiter an, daß Dehlshäger ihm die Flüssigkeit gegeben und gesagt habe, daß deren tödliche Wirksamkeit nur sechs Tage anhalte. Woher die Spritze gekommen sei, wisse er nicht.

Der Angeklagte gibt dann an, sie hätten den Gedanken des Attentats bereits aufgegeben gehabt und wollten kurz nach Pfingsten Kassel verlassen, da hätten sie am Pfingstsonntag Scheidemann plötzlich mit einer Dame aus seinem Hause herauskommen sehen. Als Scheidemann dann in die Elektrische nach Wilhelmshöhe einstieg, fuhren die Angeklagten im Anhängerwagen mit und folgten ihm, in Wilhelmshöhe angelangt, in etwa 200 Meter Entfernung. So seien sie ungefähr eine Stunde lang gelaufen. In einem Hofweg, als sie 20 Meter von Scheidemann entfernt waren, sei er dann auf Antreiben Dehlshägers zwischen Scheidemann und seiner Tochter durchgelaufen und habe ihm die Flüssigkeit nach dem Kopf gespritzt. Dann sei er ausgerissen. Im übrigen betont Huxert, daß er und Dehlshäger den Entschluß zu dem Attentat selbst gefaßt und keine Unterstützung von außen erhalten hätten.

### Die Aussage Dehlshägers.

Der zweite Angeklagte, Dehlshäger, hält mit seinen Aussagen sehr zurück. Die Spritze, die zu dem Attentat benutzt wurde, will Dehlshäger von einem Ungarn erhalten haben. Das Attentat sollte ursprünglich in einem geschlossenen Raum erfolgen. Als Weggrund für den Mordanschlag gibt der Angeklagte an, Scheidemann habe die „Front unterminiert als sozialistischer Staatssekretär den Kaiser verraten und als Oberbürgermeister von Kassel dessen Mißbehörden gestohlen.“

Die weitere Vernehmung ergibt keine neuen Gesichtspunkte.

## Politische Rundschau.

Berlin, 5. Dezember 1922.

Die „Trierische Landbesetzung“ und der „Trierer Volksfreund“ sind von der Besatzungsbehörde auf drei Tage verboten worden, und zwar wegen eines Aufsatzes gegen den carés Rheinpläne.

Die Landwirtschaftskammer für Westfalen hat die Gerabefugung der Getreideumlage in der Provinz Westfalen um 46000 Tonnen sowie die Anpassung der Preise an die Marktlage gefordert.

Die Gleichstellung der Lehrkräften mit den Lehrern Das thüringische Kultusministerium hat verfügt, daß die Lehrkräften grundsätzlich zu der gleichen Unterrichts-Pflichtfunktionszahl wie die Lehrer verpflichtet sind. Sie erhalten bei gleicher Pflichtfunktionszahl die gleiche Besoldung wie die Lehrer. Eine Ermäßigung der Pflichtfunktionszahl von 28 auf 26 pro Woche kann der Lehrerin nur auf besonderen Antrag zugestimmt werden. Sie erhält damit nur 90 v. H. des Grundgehalts. Mit dieser Regelung wird für die Lehrkräften eine alte Forderung des Programms des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins erfüllt.

Harding und die Rheinbesatzung. Aus Washington wird gemeldet, Präsident Harding habe zwar vollstes Verständnis für die Auffassung derer, die eine Zurückziehung der amerikanischen Truppen am Rhein befürworten, eine solche Zurückziehung werde aber nicht erfolgen, weil daraus falsche Schlüsse auf die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber den im gelegentlichen der Welt gezogen werden könnten.

### Schweiz: Der Kampf um die türkischen Kapitulationen

Die Lausanner Konferenz begann mit einer Aussprache über die sogenannten Kapitulationen, die Sonderrechte die die Türkei im Laufe der Vorkriegszeit einzelnen europäischen Mächten eingeräumt hat. Die Vertreter der Alliierten erklärten, daß auch die Mächte davon überzeugt seien, daß die Kapitulationen in ihrer bisherigen Form eine Ungerechtigkeit gegenüber der Türkei darstellen, die verschwinden müsse. Die Kapitulationen seien aber so ein konsolidiertes System, das unumkehrbar mit einem Federstrich von

heute auf morgen aus der Welt geschafft werden könne. Die Entente verlange daher einen allmählichen Abbau der Kapitulationen. Namens der türkischen Delegation erklärte darauf Jamb-Pascha, daß die Türkei jede Uebergangsmäßigkeit ablehnt, und die Anerkennung der bevorstehenden Aufhebung der Kapitulationen in ihrer Gesamtheit verlangt.

### Schweiz: Eine neue russische Protektnote.

Die russische Abordnung in Lausanne hat nach Ankunft des russischen Antrags eine neue Protektnote geschrieben, in der sie abermals formell Einspruch dagegen erhebt, daß Rußland nur zur Beteiligung an der Aussprache über die Meerengenfrage zugelassen werde. Sie erklärt ferner, daß Rußland und seine Verbündeten sich durch keine Entscheidungen, die in ihrer Abwesenheit getroffen werden gebunden erachten und gleichzeitig jede Verantwortung für den anormalen Zustand, der sich daraus ergibt, ablehnen. Andererseits wird die russische Delegation, um die Unzulässigkeit zu verhindern, die ein völliges Fernbleiben Rußlands von der Konferenz unvermeidlicherweise schaffen würde, an den Arbeiten des Ausschusses für die Meerengenfrage teilnehmen.

### Griechenland: Prinz Andreas zur Verbannung verurteilt.

Das revolutionäre Kriegsgericht in Athen, das die ehemaligen Minister zum Tode verurteilt hatte, hat den Prinzen Andreas von Griechenland, den Bruder des Königs Konstantin, einstimmig des Angehörigums und des Verlassens seines Postens vor dem Feinde für schuldig erklärt. Er wurde zum Verlust seines militärischen Ranges und zu einer Verbannung verurteilt. Prinz Andreas war angeklagt, sich als Führer des 2. Armeekorps in Kleinasien geweiigt zu haben, einen Angriffsbefehl des Oberkommandierenden auszuführen, durch seine Weigerung soll er den Verlust der Schlacht am Sarakla verschuldet haben. Als mildere Umstände wurde seine Unerschaffenheit zum Kommando über größere Truppenteile angenommen. Der Prinz hat Athen sofort nach Mitteilung des Urteils verlassen und sich mit seiner Gemahlin an Bord eines englischen Kriegsschiffes eingeschifft.

### Rückgang der Kohleneinfuhr.

Hamburg, 4. Dezember. Im hiesigen Hafen sind in der zweiten Novemberhälfte auf 60 Schiffen 128 428 Tonnen englischer Kohle eingetroffen. Das bedeutet gegenüber der ersten Oktoberhälfte einen Rückgang von 54 015 Tonnen.

### Die Dezembergehälter der Beamten.

Berlin, 4. Dezbr. Auf Einladung des Deutschen Eisenbahnerverbandes sind die Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter zu einer Vorbereitungsversammlung getreten, um sich über die neuen Gehalts- und Lohnforderungen für den Monat Dezember schlüssig zu werden.

## Handelsteil.

### Berlin, den 4. Dezember.

Auf dem Devisenmarkt legte man sich wohl in Folge der undurchsichtigen politischen Lage allgemeine Zurückhaltung auf. Demgemäß spielte sich das Geschäft in ruhigen Bahnen ab. Der Dollar notierte etwas höher und zwar amtsch 8329.

Der Effektenmarkt dagegen hatte seinen großen Tag, was die Kurssteigerungen anbetraf. Die Kursstände konnten sich in einigen Postenabzügen zum Teil nahezu verdoppeln, und Kursgewinne an 10 000 Proz. und darüber waren zu beobachten. Et.ierungen unter 1000 Proz. bildeten eine Seitenbahn. Das Hauptgeschäft entwickelte sich auf dem Montanaktienmarkt. Neben Käufen des Publikums und der Spekulation wollte man auf verschiedenen Marktplätzen auch wieder große Auslandsordere feststellen. Die Verkaufstätigkeit hielt sich in engen Grenzen und Abgabepreiser waren meist äußerst hoch limitiert.

Auf dem Produktmarkt war die Tendenz fest das Geschäft jedoch durchweg ruhig. Das Angebot der Provinz war nicht gerade groß, jedoch hielt sich auch die Nachfrage begrenzt, was wohl zum Teil auch auf die unermindert fortbestehende Kapitalknappheit zurückzuführen ist.

### Stand der Mark.

Es kostete nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am			
	4. 12.	2. 12.	1914
1 holländischer Gulden	3316	3231	1,67 M
1 belgischer Franken	540	538	0,80
1 dänische Krone	1655	1633	1,12
1 schwedische Krone	2189	2164	1,12
1 italienische Lira	406	399	0,80
1 englisches Pfund	37057	36907	20,--
1 Dollar	8329	8229	4,20
1 französischer Franken	583	581	0,80
1 schweizerischer Franken	1571	1546	0,80
1 tschechische Krone	263	260	--

## Brot- und Getreidpreise.

### Die amtliche Begründung.

Zur Begründung der soeben eingetretenen bedeutenden Erhöhung der Abgabepreise der Reichsgetreidestelle erklärt das Reichsernährungsministerium unter anderem:

„Bei Beibehaltung der augenblicklichen Abgabepreise würde sich am Ende des Wirtschaftsjahres ein sehr großer Verlust der Reichsgetreidestelle ergeben haben. Die Bestehungskosten des von der Reichsgetreidestelle abgegebenen Getreides und Mehls setzten sich etwa je zur Hälfte aus den Kosten für Auslandsgetreide und denen für Umlagegetreide zusammen.“

Während die durchschnittlichen Preise für Auslandsgetreide im September, zur Zeit der Vorbereitungen der Ende Oktober eingetretenen Heraufhebung der Abgabepreise noch rund 53 000 Mark für Roggen, 68 000 Mark für Weizen betragen, waren sie im Oktober auf 122 000 und 156 000 Mark gestiegen und beliefen sich im Durchschnitt der ersten 3 1/2 Wochen des November auf 224 000 Mark für Roggen und 305 000 Mark für Weizen. Für Weizen mußte im November zeitweilig über 400 000 Mark bezahlt werden. Neben dieser außerordentlichen Steigerung spielt die Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide, die Ende Oktober festgesetzt worden ist, eine nebensächliche Rolle.

Die bisherigen Abgabepreise der Reichsgetreidestelle konnten daher nicht aufrechterhalten werden. Es mußte vielmehr eine Verdreifachung zu Anfang Dezember vorgenommen werden, die vom Reichstagnett in der Sitzung vom 9. November beschlossen worden

ist. Die Erhöhung der Abgabepreise schließt eine sehr erhebliche Belastung der Verbraucherschaft in sich. Man darf aber dabei nicht außer acht lassen, daß auch der erhöhte Brotpreis immer noch eine wesentliche Verbilligung gegen den Preis für das freie Brot in sich schließt. Der Preis für das 1000-Gramm Brot wird auch nach seiner Erhöhung Anfang Dezember noch geringer sein, als der jetzige Preis für nur 1000 Gramm freies Brot.“

## St. Nikolaus.

### Zum 6. Dezember.

Vorweihnächtlicher Hauber umflant den Vorabend des Nikolaustages; Nikolaus ist in vielen Gegenden ein allgemeines Befruchtungsfest, dem auf den Land wie in der Stadt die Kinder mit heftiger und banger Spannung entgegensehen. In Süddeutschland herrscht noch vielfach der seltsame Brauch, daß jedes Kind das sogenannte Kerbholz oder Nilsasholz vorweisen muß, ehe es seine Gaben erhält; ein Stäbchen, in das schon lang vorher die Anzahl der von dem Kinde gebeteten Gebete eingeschnitten worden ist. Gewöhnlich genügt es allerdings, wenn die Kinder des Abends Keller oder Schube vor die Tür stellen, die dann der gute Nikolaus im Lauf der Nacht mit allerhand lederen Dingen anfüllt. Der früher übliche Brauch, des Umherziehens des als Bischof verkleideten Heiligen mit seinem Knecht Rupprecht hat sich ebenso wie die alten Nikolauszüge immer mehr verloren. Auch als Weihnachtsmann hat St. Nikolaus seine Rolle vielfach ausgespielt, so ist z. B. in bayerischen und tirolischen Hochland, wo man noch vor wenigen Jahrzehnten die Weihnachtsgaben von heiligen Nikolaus bringen ließ, durch die Einführung des Weihnachtsbaumes schließlich das Christkind zum Gabenpendler geworden.

Ueberreste des alten Kultfestes, das ursprünglich sich Odin zu Ehren gefeiert wurde, und zwar um die gleiche Zeit, findet man noch in den eigenartigen Nikolaus-Gebildsbrotten, denen man in einigen norddeutschen Gegenden noch heute die uralte Pferdegestalt gibt, wie auch in Süddeutschland im allgemeinen üblichen Backen des „Fräulein“ oder „Kleberbrot“ an Nikolaustag. Ueberhaupt lassen sich viele Nikolausbräuche, so namentlich die Umzüge, bei denen Nikolaus auf einem Schimmel reitend durchs Dorf zieht, auf altheidnischen Kult zurückzuführen, den erst das Christentum in die Bereicherung des heiligen Nikolaus umgewandelt hat. Einzelne Bräuche beruhen natürlich auch auf rein christlicher Grundlage, wie z. B. der, daß man sich zum Nikolaustag kleine mit Sprüchen beschriebene Papierschiffchen zusetzt, oder daß die Kinder solche Schiffchen vors Fenster stellen, um sie von dem Heiligen füllen zu lassen. Diese Sitten erklären sich damit, daß Nikolaus als Schutzheiliger der Schiffer und Seefahrer gilt. Außerdem wird er bisweilen auch als Beschützer der Mäuler und Bäcker verehrt, weshalb da und dort diese Gewerbe eigene Nikolausgelage abhalten.

### Gedenktafel für den 5. Dezember.

1757 Sieg Friedrichs des Gr. über die Oesterreicher bei Deuthen. — 1791 † Wolfgang Amadeus Mozart in Wien (\* 1756). — 1835 † Der Dichter Graf v. v. Blaten in Svatava (\* 1796). — 1917 Abschluß der Waffenruhe zwischen den Mittelmächten und Rußland.

Chloräureexplosion auf der Eisenbahn. Auf dem Bahnhof Baalberge in Anhalt explodierte ein Güterwagen mit Chloräure. Die giftigen Gase verpesteten die Luft, so daß die gerade mit dem Bernburger Zuge ankommenden Reisenden nur unter großen Beschwerden die Ausgänge gewinnen konnten.

### Krupp in Rußland.

Berlin, 4. Dezember. Der Vertrag über die landwirtschaftlichen Konzessionen in Sibirien ist am Freitag zwischen dem Vertreter der russischen Regierung Stomoljakow und der Berliner Vertretung der Firma Krupp endgültig zum Abschluß gekommen. Es handelt sich bei diesen Konzessionen in Rußland um Entschädigung und Aufbau der russischen Getreidewirtschaft. Die deutschen Bedenken gegen diesen Vertrag bestanden anfangs darin, daß durch das langfristige Unternehmen deutsches Kapital in Rußland für sehr lange Zeit festgehalten würde und dadurch die Inflation vermehrt würde. Dieses Bedenken ist dadurch beseitigt worden, weil 75 % des erforderlichen Kapitals von englischen Banken aufgebracht werden. Der Urheber dieser Idee des Vertrags ist, wie der diplomatische Mitarbeiter der „Voss. Zig.“ mitzuteilen will, niemand anders als der frühere Generaldirektor von Krupp und jetzige deutsche Botschafter in Amerika Dr. Weidfeldt.

### Sächsisches.

Unversiegelte Wertpakete bei der Post. Die Wertgrenze für unversiegelte Wertpakete ist mit Wirkung vom 1. Dezember von 1000 Mark auf 10 000 Mark erweitert worden.

Eine Kabinenkarte kostet jetzt 8 Mark. Das Baggagegeld für Reisegepäck ist von 24 auf 48 Mark erhöht worden; Aufbewahrung von Kraftfahrzeugern kostet 60 Mark.

Dresden. Wie verlautet, wird die Vereinigte Sozialdemokratische Partei in der heutigen Landtagsagung auch erneut zur Wahl für den Ministerpräsidentenposten vorschlagen.

Nach Mitteilung der Staatskanzlei ist die Nachricht, daß in einer Dresdener Fortbildungsschule Klassen hätten getrennt werden müssen, weil die Schüler untereinander verschiedener politischer Auffassung gewesen seien, sich nicht vertragen und gegenseitig schwere Tätlichkeiten begangen hätten, erfunden. Die durch das städtische Schulamt in Dresden, das Ministerium des Kultus und des öffentlichen Unterrichts und das Wirtschaftsministerium sofort eingeleiteten amtlichen Ermittlungen haben ergeben, daß nicht in einer einzigen Dresdener Fortbildungs- (Berufs-) Schule eine Klasse aus dem angegebenen Grunde getrennt worden ist und daß in keiner Schule dieser Art sich irgend etwas ereignet hat, was diese Nachricht veranlaßt haben könnte.

Zu dem Entwurf eines sächsischen Arbeitnehmerkammergesetzes sprachen sich die sächsischen Handelskammern in einer Eingabe an das Wirtschaftsministerium dahin aus, daß sie dem Gesetz in seinen Grundzügen durchaus zustimmen und die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit öffentlich rechtlicher Vertretungen von Arbeitnehmern anerkennen. Die sächsischen Handelskammern machen lediglich einige Abänderungsvorschläge, und zwar wünschen sie die Vorchrift beseitigt zu sehen, wonach sämtliche Gutachten und Anträge eine Vollziehung durchlaufen müssen. Bedenklich er-

schien auch die von der sächsischen Regierung geplante Verordnung der Arbeitnehmerkammern hinsichtlich ihrer Verwaltung und des Rechnungswesens. Schließlich schlugen die Handelskammern noch eine Herabsetzung der Zahl der Mitglieder der Bezirks- und Landesarbeitnehmerkammern vor. Die Dresdener Gewerkekammer hat sich ebenfalls im zustimmenden Sinne zu dem Entwurf ausgesprochen.

Mädchertod bei Freiberg. Dieser Tage ereignete sich hier ein bedauerliches Unglück. Während die Mutter auf Arbeit und die Kinder allein zu Hause waren, verschaffte sich der neunjährige Sohn eines Walarbeiters das Teschin seines Vaters und schoß damit auf seine 12jährige Schwester. Am nächsten Tage ist das unglückliche Mädchen gestorben.

Widerruff. Für die Zeit vom 1. Oktober 1922 an wird als Mietzins für möblierte Zimmer das Fünftel des Friedenspreises festgesetzt. Darin ist die Hergabe der Möbel und Wäsche sowie Verbleib eingeschlossen. Hierzu treten angemessene Vergütungen für Bedienung, Waschen der Bettwäsche, Gardinen, Band- und Tischtücher, Frühstück, Beleuchtung und Heizung. In besonderen Fällen kann das Mietverhältnis mit dem Mietzins abweichend feststellen. Der Mietzins für leer vermietete Räume ist in folgender Weise zu berechnen: Der Mietzins der gesamten Wohnung ist durch die Zahl der Quadratmeter der Wohnräume (einschl. der Schlafkammer, aber unter Ausschaltung von Vorraum, Küche und sonstigen Nebenräumen) zu teilen. Der hierdurch gebundene Preis für das Quadratmeter leeren Wohnraumes ist mit der Quadratmeterzahl des vermieteten Raumes zu multiplizieren. Hierzu wird ein Zuschlag bis zu 50 v. H. festgesetzt.

Explos. Eine Kohlenverschlebung beschäftigte den Arminalposten Pirna in den letzten Tagen. In einem hiesigen Betriebe war von einem Angestellten versucht worden, einen Waggon Kohle zu verschleppen. Das Vorhaben konnte jedoch vereitelt werden. Bei den Erörterungen stellte sich aber heraus, daß bereits ein Waggon Kohle verschoben worden war. Die Arbeitnehmer, die getuschelt worden waren, wurden ermittelt, so daß der Schaden ziemlich ausgeglichen werden konnte.

Mohsdorf mit Schweizerthal. Von den hiesigen Landwirten sind 28 Zentner Kartoffeln, 3 Zentner Weizenmehl und 3 Zentner Roggenmehl zum Brotbacken zur Verteilung an alle und bedürftige Einwohner unentgeltlich abgegeben worden.

Sebnitz. Welch unerträgliches Joch! Eine alleinstehende, rüstige, in den 40er Jahren lebende Frau, die hin und wieder im Hause, jedoch viel auswärts schneidert, zahlt gegenwärtig für vier Zimmer, Küche und Wodenkammer etwa 1200 M. jährlich Miete. Für die Wodenkammer erhält die Mieterin von zwei Blumenmädchen, die sich in ein Bett teilen müssen, 200 M. pro Woche, jährlich also 10 400 M. Weiterhin hat die Mieterin noch fünf Untermieter, die wöchentlich etwa 800 M. jährlich zirkeln 42 000 M. Miete zahlen. Der Mieterin würde für ihre beschriebenen Verhältnisse ein einzelnes Zimmer genügen, mit dem sie sich auch sehr begnügt. Vermietet sind zwei über 70 Jahre alte alleinstehende Eheleute, die sich durch allerhand Arbeiten ernähren, weil sie als Kleinrentner von den Zinsen ihres Kapitals unter den heutigen Verhältnissen kaum eine Woche leben können. Wenn die Vermieter selbst die überzähligen Zimmer der Mieterin an Untermieter abgeben könnten, würde ihnen eine lebensfähige Existenz geschaffen. Wo bleibt hier das Recht des Vermieters?

Leipzig. Die Schneeschmelzen im Erzgebirge und Vogtland haben ein plötzliches Ansteigen der Dämme und der Eister bewirkt. Am Freitag waren die Gewässer derart angeschwollen, daß unmittelbare Gefahr für ganze Stadtteile drohte. Sonnabend früh waren die Fluten nicht mehr zurückzubammen. Die Wehrschleusen mußten geöffnet werden. So wurde das Eisterflutbeden drauher zwischen Plagwitz und Hindenburgbrücke völlig unter Wasser gesetzt. Der Plutkanal, der sich noch im Bauzustande befindet, soll nach seiner Fertigstellung dazu dienen, das Hochwasser zu dämmen. Gegenwärtig sind aber die Arbeiten am Becken noch nicht beendet. Das Grundwasser sollte nach ausgepumpt und der Boden ausgebagert werden. Nun schiebt die Ueberschwemmung diese Arbeiten auf lange Zeit hinaus. Wodurch wird es dauern, um das Wasser aus dem Kanal wieder fortzulassen. Außerdem sind die Dämme an der Hindenburgbrücke von der Flut durchbrochen und teilweise zerstört worden. Der Schaden ist sehr beträchtlich, er geht in die Millionen.

Leipzig. An einem Tische im Warteraum des Hauptbahnhofes hat ein auf der Reise befindliches Dienstmädchen ihre Hoffseligkeiten ausgekramt, darunter auch einen Gepäck-Aufbewahrungsschein über einen Reisekorb mit Wäsche und Kleidern im Werte von etwa 60 000 M. Plötzlich entstand zwischen mehreren dort herumlungierenden Burschen eine Schlägerei, die vielleicht mit Absicht in Szene gesetzt war. In dem Gedränge wurde dem Mädchen der Gepäckschein gestohlen und als sie ihren Reisekorb später reklamierte, war er bereits abgeholt.

Am Sonntag öffnete auf der Fahrt zwischen Eöthen und Halle ein betrunkenen Passagier die Tür des Speisewagens und stürzte hinaus. Er blieb mit einem schweren Schädelbruch neben den Gleisen liegen. Aus den Papieren wurde festgestellt, daß es sich um den Kaufmann E. Müller aus Plauze bei Jüba handelt.

Leipzig. Der Rat hat den Fahrpreis bei der elektrischen Straßenbahn auf 60 M. für die einfache Fahrt und auf 70 M. für die Umsteigekarte festgesetzt. Der Zuschlag von 5 M. für Abend- und Sonntagsfahrten bleibt weiter bestehen. Nach Abzug der Ersparnisse durch Betriebs- und Fahrpläneinrichtungen, die auf 40 Millionen Mark jährlich geschätzt werden, verbleibt ein ungedeckter Fehlbetrag von 559 500 000 M. Der neue Fahrpreis soll am 8. Dezember eingeführt werden.

Der Rat beschließt, in zwangloser Folge eine Zeitschrift unter dem Titel „Mitteilungen aus der Verwaltung der Stadt Leipzig“ herauszugeben, um damit die kostspieligen Sonderberichte und den großen Verwaltungsbericht hinlänglich zu machen. Auch soll dadurch der Tagespresse Material für die Berichterstattung über die städtische Verwaltung in einer brauchbaren Form zur Verfügung gestellt werden, als dies bei den bisherigen umfangreichen Verwaltungsberichten möglich war.

Bürgermeister Dr. Weber beabsichtigt, am 1. Mai 1923, an dem Tage, da er vor 25 Jahren ins Ratshaus der Stadt Leipzig eintrat, aus dem Amte zu scheiden. Die Stelle ist bereits wieder ausgeschrieben worden.

Die erschreckend große Zahl von Rauchwarendiebstählen in der letzten Zeit, bei denen Werte von mehreren Millionen Mark entwendet wurden, gaben dem Leiter des Leipziger Kriminalamts Veranlassung, eine Razzia auf dem Wühl anzuordnen. Es ist nachgewiesen, daß gestohlene Felle aus dem Wühl sofort Abnehmer finden und unter der Hand weiter verkauft werden. Am Freitag vormittag wurde der Wühl nun in helle Aufregung versetzt. Kriminalbeamte durchstreiften die Straße und warfen ihr Augenmerk auf verdächtig erscheinende Fellauskäufer. Die Verdächtigen mußten sich legitimieren und in den Hausfluren ihre Ware durchsuchen lassen. Ueber 100 Personen wurden untersucht. Einige wurden nach der Polizeiwache gebracht.

Leipzig. Ueber 800 Millionen Mark Mehraufwand für Gehälter und Löhne sind vom Räte bewilligt worden. 80% der Bezüge der Beamten und Angestellten werden vom Reich zur Verfügung gestellt. Für die restlichen 20% der Gehälter und für den Mehraufwand infolge Erhöhung der Arbeiterlöhne ist keine Deckung vorhanden. Es soll deshalb angestrebt werden, die erforderliche Deckung zu suchen durch Erhöhung der Gas-, Strom- und Wasserpreise.

Zwickau. Ein etwa 25-30 Jahre alter Mann schnitt einem 13jährigen Mädchen auf der Treppe eines Hauses den 40 Zentimeter langen Haarzopf ab.

Annaberg. Die Stadtfrage hat ihre Erledigung noch nicht gefunden. Obwohl die Stadterordnungen die Anstellung eines Stadtrates beschlossen haben, erklärt sich der Rat gegen diesen Beschluß. Er ist bei Prüfung der finanziellen Seite zu der Ansicht gekommen, daß die Schaffung dieser Einrichtung mit ungeheuren Kosten verknüpft ist, die der Allgemeinheit schwere finanzielle Opfer auferlegt.

Rochlitz. Als auf dem hiesigen Bahnhof der Butterhändler Ahlemann aus Chemnitz mit dem 1/4-Uhr-Zuge seine Butterkörbe

